

## Niederschrift

über die 29. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 08.04.2025  
(11. Wahlperiode)

## Tagessordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung.....	4
1 Einwohnerfragestunde.....	4
2 Schaffung von gefördertem und preisgedämpftem Wohnraum - Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft Vorlage: SB9JR/0138/2025.....	5
2.1 Antrag der SPD-Fraktion zu TOP Ö2 - Einladung eines Vertreters der Kanzlei Kapellmann Vorlage: SB9JR/0584/2025.....	8
2.2 Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ zu TOP Ö2: Beratungsbedarf Genossenschaft Vorlage: SB9JR/0249/2025.....	8
3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0140/2025.....	8
4 1. Bericht zur Finanzsituation 2025 zum 31.03.2025 (Vorlage wird nachgereicht) Vorlage: SB8SFI/0051/2025.....	8
5 Anträge.....	9
6 Anfragen.....	9
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	9
8 Termin der nächsten Sitzung.....	9
9 Verschiedenes.....	9

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:33 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Christian Bommers Bürgermeister

**von der CDU-Fraktion**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied Vertretung für Herrn Hans Werner Schoenauer

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied Vertretung für Frau Norma Köser

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jürgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

**von der Fraktion GRÜN-alternativ**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Andreas Wagner Ratsmitglied Vertretung für Herrn Marco Nowak

**von der Verwaltung**

Herr Peter Annacker Dezernent

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Frau Claudia Müllejans Gleichstellungsbeauftragte

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Justizariat und Ratsbüro

Frau Bettina Scholten Beigeordnete

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Herr Patrick Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

**Schriftführer**

Herr Tim Hofmeister

Referent des Bürgermeisters

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Norma Köser

Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer

Ratsmitglied

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung, die Presse sowie die Bürgerinnen und Bürger im Publikum.

Herr Bürgermeister Bommers greift den Antrag der SPD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 2.1 auf und berichtet, dass die Verwaltung Herrn Rechtsanwalt Dr. Bunz der Kanzlei Kapellmann zur heutigen Sitzung des Ausschusses eingeladen habe. Er stehe für offene Fragen der Fraktionen zur Verfügung.

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger trägt vor, dass er die Vorgehensweise der Stadtverwaltung bezüglich der in Tagesordnungspunkt 2 behandelten Thematik grundsätzlich für intransparent halte. Zudem sehe er keinen Anlass für die ausbleibende Veröffentlichung der in der Beschlussvorlage zu Tagesordnungspunkt 2 erwähnten Stellungnahme der Kanzlei Kapellmann. Herr Justiziar Dr. Saturra antwortet, dass es inhaltlich in dieser Sitzung um den Entwurf einer Genossenschaftssatzung gehe. Durch die Diskussion der Angelegenheit im Rahmen eines öffentlichen Tagesordnungspunktes ist die Öffentlichkeit hergestellt. Die Nennung von konkreten Namen aus der Stellungnahme sehe die Stadtverwaltung als kritisch an.

Ein weiterer Bürger trägt vor, dass dieser seit vielen Jahren in der betroffenen Wohngegend lebe. Bislang sei seitens der Stadtverwaltung kommuniziert worden, dass noch keine finalen Entscheidungen bzgl. der Grundstücksauswahl getroffen wurden. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe es seiner Meinung nach jedoch sehr wohl nach finalen Entscheidungen aus. Des Weiteren betont er, dass die geplante Vorgehensweise im Sinne einer Versiegelung einer der letzten großen Grünflächen im Stadtteil Lank-Latum deutlich dem in § 2 des vorgelegten Satzungsentwurfes verwendeten Wortes „nachhaltig“ entgegenstehe. Er fragt, was konkret an diesem Bauprojekt nachhaltig sei, wenn eine große Grünfläche versiegelt und Bäume gefällt werden müssten. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass bislang keine konkreten Entscheidungen getroffen wurden und in diesem Ausschuss lediglich darüber beraten werde, ob und inwiefern die weiteren Gespräche zur Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft stattfinden sollen. Dieser Ausschuss sei nicht für planungsrechtliche oder stadtplanerische Aspekte zuständig. Er betont, dass das Grundstück Am Alten Teich in der Beschlussvorlage zwar genannt werde, mitnichten aber in der heutigen Ausschusssitzung eine Entscheidung zur Fixierung dieses Grundstücks erfolge – es bleibe jedoch der ausdrückliche Vorschlag der Stadtverwaltung. Bezüglich des Aspektes der Nachhaltigkeit antwortet Herr Bürgermeister Bommers, dass auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Familien nachhaltig sei. Zudem sollen lediglich 20% des Grundstücks tatsächlich bebaut werden. Er erläutert, dass sämtliche Aspekte des Umweltschutzes mit in die Überlegungen einfließen und dass sich die Fällung von Bäumen auf ein notwendiges Minimum beschränken werde, auch wenn selbst dies ärgerlich sei.

Eine weitere Bürgerin der betroffenen Wohngegend erfragt, was die ihrerseits vorgelegte Unterschriftensammlung bei den Planungen bewirkt habe. Weitergehend fragt sie, ob das Angebot eines runden Tisches für einen persönlichen Austausch mit der Stadtverwaltung und dem Bürgermeister weiterhin bestehe. Herr Bürgermeister Bommers teilt mit, dass die Unterschriften innerhalb des verwaltungsinternen Abwägungsprozesses eingeflossen seien. Ob das finale Ergebnis dem gewünschten Zweck der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner entspreche, sei zum jetzigen Zeitpunkt fraglich. Die Etablierung eines runden Tisches setze voraus, dass zunächst Beschlüsse gefasst werden. Das Angebot bestehe jedoch weiterhin. Er sichert zu, sich zu gegebener Zeit bei der Bürgerin zu melden.

Eine weitere Bürgerin erfragt, aus welchen Gründen der von 43 Bürgerinnen und Bürgern gestellte Bürgerantrag im Ausschuss für Planung und Liegenschaften abgelehnt wurde. Bislang sei keine Niederschrift einsehbar. Ergänzend fragt sie, wer das Arten- und Raumschutzgutachten erstellt habe

und ob dieses veröffentlicht werde. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass die Erstellung der Niederschrift sich in der finalen Umsetzung befinde und in den kommenden Tagen abrufbar sein werde. Das Gutachten werde öffentlich zugänglich sein. Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsel ergänzt, dass sich das Gutachten auf ein bereits im Jahr 2016 erstelltes Gutachten stützen werde.

Die Bürgerin ergänzt die Frage, ob die Belegung des errichteten Wohnraums vorrangig sozialen Aspekten folge und ob Investitionszuschüsse für sozial geförderten Wohnraum an dieser Stelle korrekt eingesetzt werden bzw. an welche Bedingungen diese geknüpft seien. Herr Dezernent Annacker antwortet, dass klare Regelungen erfüllt sein müssen, damit es sich tatsächlich um sozial geförderten Wohnraum handeln könne. Dies beinhalte auch die Belegung des Wohnraums bspw. anhand des Jahreseinkommens der Mieterinnen und Mieter. Der konkrete Förderweg sei derzeit noch offen. Grundsätzlich sind in jedem Falle die Förderbestimmungen einzuhalten.

Eine weitere Bürgerin erfragt, ob davon auszugehen sei, dass der Nutzen der Genossenschaft die bis dahin verursachten Kosten übersteige. Weiter erfragt sie, warum die Dornieden-Gruppe im vorliegenden Satzungsentwurf nicht genannt werde, obwohl diese bereits in den zurückliegenden Ausschusssitzungen als möglicher dritter Partner neben der Kreisgesellschaft genannt wurde. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass er fest davon überzeugt sei, dass der Nutzen die Kosten übersteige. Herr Dr. Saturra antwortet, dass die Satzung abstrakter Natur sei und auch in Zukunft verschiedenste Einlagen und Grundstücke abbilden können soll.

## 2 Schaffung von gefördertem und preisgedämpftem Wohnraum - Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft Vorlage: SB9JR/0138/2025

### Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Verhandlungen mit der „Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH“ und der „Dornieden-Gruppe“ zu führen mit dem Ziel, auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Satzungsentwurfs eine Wohnungsbaugenossenschaft zu gründen.

### Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3			3
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17+1</b>	<b>13</b>	<b>2</b>	<b>3</b>

Ratsherr Peters greift seinen Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.2 auf und wiederholt die darin erläuterten Aspekte. Er stellt heraus, dass aus Sicht seiner Fraktion der Schutz des Geländes oberste Priorität habe. Losgelöst vom betroffenen Grundstück würde man der Gründung einer Genossenschaft nicht im Wege stehen. Herr Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass die angesprochenen Themen grundsätzlich nicht in den Zuständigkeitsbereich des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses fallen, sondern heute lediglich über weitere Schritte in Richtung der Grün-

derung einer Wohnungsbaugenossenschaft entschieden werden soll. Er verweist auf die kommende Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

Ratsfrau Dr. Schomberg sagt, dass ihre Fraktion die Schaffung von preisgedämpftem Wohnraum grundsätzlich befürworte. Bezüglich der Wohnungsbaugenossenschaft bestünden jedoch zu viele offene Fragen, um dieser zum jetzigen Zeitpunkt zustimmen zu können. Sie wiederholt die bereits im Vorfeld der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Fragen. Herr Dr. Saurra erinnert daran, dass das Genossenschaftsmodell als solches bereits durch eine zurückliegende Entscheidung des Ausschusses bestätigt wurde. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der Umsetzung dieses Beschlusses die Kanzlei Kapellmann durch die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Satzungsentwurfs beauftragt. Es gehe vorrangig um die Möglichkeit, das Projekt auf einer gemeinsamen Grundlage voranzutreiben. Der heutige Beschluss sei lediglich die Auftragserteilung, auf Basis dieses Satzungsentwurfes weiter fortzufahren.

Herr Dr. Bunz greift die von Ratsfrau Dr. Schomberg formulierten Fragen auf und sagt, dass eine grundsätzliche Beschränkung der Mitgliederanzahl einer Genossenschaft bei der Gründungsprüfung durch den zuständigen Genossenschaftsverband nicht standhalten würde und somit faktisch nicht möglich sei. Dies bedeute im Umkehrschluss aber nicht, dass nun jede Mieterin oder jeder Mieter in die Genossenschaft aufgenommen werden müsste. Eine Genossenschaft sei frei darin, selbstständig Bedingungen für einen Beitritt zu formulieren. Damit die Stadt aufgrund ihres Basis-Investments ein gewisses Maß an Kontrolle innerhalb des Konstruktes behält, wäre eine Stimmenmehrheit der Stadt (maximal drei Stimmen) gegenüber den anderen Genossen (mit möglicherweise einer Stimme) denkbar. Jedes Mitglied hätte eine Einlage zu leisten. Die angesetzten 500,00 € im Satzungsentwurf sind hierbei nicht mit den übrigen beabsichtigten Genossen abgestimmt, sondern habe lediglich Platzhalter-Charakter. In Höhe dieser Einlagen wäre jedes Genossenschaftsmitglied entsprechend haftbar – auch im Falle einer sehr unwahrscheinlichen Insolvenz. Eine sogenannte „Directors and Officers“-Versicherung sei in ähnlichen Fällen üblich. Diese würden dann eintreten, wenn ein Vorstandsmitglied der Genossenschaft aufgrund pflichtwidrigen Verhaltens einen Schaden zuführt. Diese Versicherung schützt das Vorstandsmitglied vor Privatinsolvenz aber auch die anderen Genossenschaftsmitglieder. Strafrechtlich relevante Fälle sind meist nicht abgedeckt.

Ratsfrau Dr. Schomberg bittet um die Beantwortung der übrigen offenen Fragen aus ihrer Fraktion.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes äußert die Sorge, dass möglicherweise durch eine solche Vorgehensweise Mieterinnen und Mieter „erster und zweiter Klasse“ entstehen könnten. Herr Dr. Bunz antwortet, dass vorliegend noch nicht zu Ende gedacht wurde, ob und wie man weitere Mitglieder in die Genossenschaft aufnehmen möchte. Es sei möglich Bedingungen an den Erwerb von Genossenschaftsanteilen zu knüpfen (bspw. durch das Vorweisen einer gewissen Mietdauer oder ab einer bestimmten Wohnungsgröße).

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erfragt, ob es grundsätzlich möglich sei, Anteile der Genossenschaft für die jeweiligen aktuellen Mieterinnen und Mieter in einer bestimmten Höhe bspw. in Größenordnung der vermieteten Einheiten zurückzuhalten. Herr Dr. Bunz antwortet, dass dies grundsätzlich möglich sei.

Ratsherr Damblon stellt fest, dass die politische Zielsetzung der bereits gefassten Beschlüsse war, möglichst schnell ein Modell zu realisieren, mit dem preiswerter Wohnraum für Familien geschaffen wird. Es sei jedoch nie die Rede davon gewesen, dass die Mieter Genossen werden – er spricht sich dagegen aus.

Frau Niederdellmann-Siemes fragt weitergehend, ob es üblich sei, dass bei drei potentiellen Genossen nur zwei Vorstandsposten vergeben werden. Herr Dr. Bunz antwortet, dass zwei nach Genossenschaftsgesetz Standard sind. Zunächst ist dies aber mit den anderen Genossen zu besprechen.

Ratsherr Hasebrink fragt vor diesem Hintergrund, ob vorgesehen sei, dass jede Mieterin bzw. jeder Mieter Mitglied der Genossenschaft werde. Herr Dr. Saturra antwortet, dass über eine Aufnahme aller Mieterinnen und Mieter als Genossen bislang nicht entschieden wurde. Ratsfrau Niegeloh erfragt dahingehend, ob eine Mieterin bzw. ein Mieter die Mitgliedschaft in der Genossenschaft einklagen könnte. Herr Dr. Bunz antwortet, dass dies nicht möglich sei. Bislang seien ihm zudem keine Klageverfahren im Zusammenhang mit Dreier-Genossenschaften bekannt.

Ratsherr Hasebrink erfragt weiter, wie es verfahrensorganisatorisch nun weitergehe. Herr Dr. Saturra schlägt vor, dass Änderungswünsche von Seiten der Politik sowie der möglichen Gründungsmitglieder nun im Justizariat gesammelt und offene Fragen von dort in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Bunz bestmöglich beantwortet werden.

Ratsherr Peters beantragt die Gründung eines Unterausschusses zur Auseinandersetzung mit einer möglichen Genossenschaftssatzung.

Ratsherr Jörgens greift die Wortmeldung von Herrn Hasebrink auf und wirbt dafür, durch den heutigen Beschluss einen Startschuss für die Arbeit an dem Satzungsentwurf geben. Die heutige Beschlussfassung sei ausschließlich prozedural. Zudem stellt er die Frage, auf welcher Grundlage der Satzungsentwurf entstanden sei. Herr Dr. Bunz antwortet, dass dieser weitgehend den Gesetzestext wiedergebe und ein Teil der Regelungen auch Mustersatzungen entsprungen sei.

Ratsherr Jörgens beantragt die Streichung des Satzteils „auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Satzungsentwurfs“ aus der Beschlussvorlage. Ratsherr Peters begrüßt dies.

Ratsfrau Neukirchen betont, dass die Belegung nicht nur vorrangig aufgrund sozialer Kriterien erfolgen dürfe, sondern ausschließlich. Herr Dr. Saturra wiederholt, dass es sich bei der vorliegenden Satzung lediglich um einen Entwurf handle und Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge seitens der Politik jederzeit möglich seien.

Ratsfrau Glasmacher sagt, dass ihre Fraktion gegen die Gründung einer neuen Genossenschaft sei. Sowohl der Bauverein als auch die GWG könnten ähnliche Projekte im Stadtgebiet umsetzen. Sie appelliert, dass Vertreterinnen und Vertreter dieser Bauvereine eingeladen werden sollten. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass in einer zurückliegenden Ausschusssitzung Gespräche mit der GWG und dem Bauverein stattgefunden haben.

Ratsherr Jörgens zieht den seinerseits formulierten Antrag zurück. Ratsherr Peters macht sich diesen zu eigen und beantragt Gründung eines Unterausschusses zur Klärung der weiteren Ausgestaltung der Satzung unter Streichung des Satzteils „auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Satzungsentwurfs“ aus der Beschlussvorlage.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag der Fraktion GRÜN-Alternativ wird mehrheitlich abgelehnt

<b>HFWA</b>	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2		2	
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3			3
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1			1

Bürgermeister	1		1	
<b>Gesamt</b>	17+1	1	13	4

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass offene Fragen und Änderungswünsche bis zum 16. Mai 2025 durch die Fraktionen im Justizariat der Stadtverwaltung eingereicht werden. Diese werden dann (einschließlich der schon im Vorfeld zu dieser Sitzung eingereichten Fragen) beantwortet bzw. so aufbereitet, dass zur nächsten Sitzung des Ausschusses entsprechende Ergebnisse vorliegen.

**2.1 Antrag der SPD-Fraktion zu TOP Ö2 - Einladung eines Vertreters der Kanzlei Kapellmann  
Vorlage: SB9JR/0584/2025**

Herr Bürgermeister Bommers verweist auf die Ausführungen zu Beginn der Sitzung. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes begrüßt, dass sich der Antrag durch die vorgeschalteten Überlegungen der Stadtverwaltung erledigt hat.

Eine Abstimmung über diesen Antrag findet aufgrund der Anwesenheit von Herrn Dr. Bunz nicht statt.

**2.2 Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ zu TOP Ö2: Beratungsbedarf Genossenschaft  
Vorlage: SB9JR/0249/2025**

Die Aussprache zu der Anfrage findet vor Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt 2 statt.

**3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass  
Vorlage: FB1/0140/2025**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch den Erlass der der Beschlussvorlage beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**4 1. Bericht zur Finanzsituation 2025 zum 31.03.2025 (Vorlage wird nachgereicht)  
Vorlage: SB8SFI/0051/2025**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Frau Niederdellmann-Siemes fragt, aus welchem Grund das Fahrzeug für die Schilderkolonne des Fachbereichs 5 noch nicht in der Auflistung aufgeführt sei, obwohl dieser bereits beschafft werden sollte. Des Weiteren fragt sie, wann mit den Investitionszuwendungen zu rechnen und ob hierfür weitere Beschlüsse notwendig seien. Herr Kämmerer Volmerich antwortet, dass Anträge auf Abruf der Zuwendungen gestellt werden können, sobald die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Es sei davon auszugehen, dass die fehlenden Beträge im Laufe des Jahres eingehen werden. Herr Apsel sichert zu, sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Beschaffung des Transporters, zu erkundigen.

*Ergänzung der Stadtverwaltung:*

*Das angefragte Fahrzeug wurde am 16. Dezember 2024 zugelassen. Die Förderung ist in der 15. Kalenderwoche eingetroffen und konnte daher in der Tabelle noch nicht eingetragen werden.*

Ratsherr Jörgens fragt nach einer ersten Einschätzung bzgl. möglicher Auswirkungen des Tarifabschlusses auf den Haushalt. Herr Volmerich antwortet, dass dieser voraussichtlich haushaltsneutral sein werde, da die Personalkosten mit einer entsprechenden Steigerung kalkuliert worden seien. Für die Haushaltsaufstellung 2026 müsse die Steigerung entsprechend einfließen.

## 5 Anträge

## 6 Anfragen

## 7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

## 8 Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses findet am 08. Juli 2025 statt.

## 9 Verschiedenes

Ratsherr Wagner erkundigt sich nach dem Fortschritt zum Baurecht der Feuerwache. Frau Beigeordnete Scholten antwortet, dass der Aufstellungsbeschluss für die 3. Änderung des Landesentwicklungsplanes zwischenzeitlich erfolgt sei, der die Möglichkeit der Errichtung einer Feuer- und Rettungswache im Freiraum grundsätzlich wieder vorsehe. Derzeit laufe die öffentliche Beteiligung zu dem Planungsentwurf. Die verwaltungsinterne Projektgruppe habe sich daher am heutigen Tage bereits getroffen um die aktuellen Sachstände und das weitere Vorgehen abzustimmen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bemerkt, dass sich die in der Informationsvorlage aus dem vergangenen Ausschuss für die Zukunft der Schulen genannte Matrix, die die Grundlage zur Machbarkeitsstudie im Rahmen der Schulentwicklungsplanung darstelle, nach Ansicht ihrer Fraktion um eine öffentliche Angelegenheit handele. Sie bittet um Nennung von Gründen, warum die Matrix bislang ausschließlich verwaltungsintern diskutiert werde. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass hierüber bereits im Ausschuss für die Zukunft der Schule ausführlich diskutiert wurde und dass sich die Stadtverwaltung diesbezüglich ausreichend positioniert habe. Die Matrix basiere auf komplexen Beratungen der Fachbereiche. Die Zusammenstellung sollte nicht weiter diskutiert werden, da diese fachlich intensiv beraten wurde. Herr Dezernent Annacker bekräftigt diese Aussagen. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes entgegnet, dass ihr weiterhin nicht klar sei, warum die Politik nicht beteiligt werde. Insbesondere vor dem Hintergrund der Wichtigkeit der Thematik sei Transparenz unabdingbar. Herr Bürgermeister Bommers antwortet wiederum, dass man in diesem Punkt unterschiedlicher Auffassung sei.

Meerbusch, den 12. Mai 2025

---

Christian Bommers  
Bürgermeister

---

Tim Hofmeister  
Schriftführer